



monitor



Foto: Kilian Behrens / apabiz

Christlicher Demotourismus nach Sodom und Gomorra

Die »Lebensschutz«-Bewegung marschiert durch Berlin

»'Berlin, Hauptstadt des Tötens' ist kein Ehrentitel!« echauffierte sich Martin Lohmann, Vorsitzender des Bundesverbandes Lebensrecht, bei seiner Rede am 17. September 2016 auf dem Marsch für das Leben in Berlin.

Im Vorfeld des Marsches der AbtreibungsgegnerInnen hatte der Berliner Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) sich ebenso wie viele andere Politiker*innen und die Evangelische Landeskirche von dem Marsch distanziert. Einige unterstützten explizit die Gegenproteste. Lohmanns Antwort war ein ungewohnt scharfer Angriff auf die Landespolitik: »Wer dieses Recht auf Leben nicht will, der ist totalitär. Demokraten werden das nicht wollen. Mir ist unverständlich, wie ein regierender Bürgermeister etwas Antidemokratisches unterstützen kann. [...] Ein Berlin, das diese Botschaft nicht erträgt ist keine weltoffene Stadt.« So werden durch den BVL-Vorsitzenden einfach all jene als undemokratisch oder totalitär gekennzeichnet, die nicht mit der fundamentalchristlichen Definition von »Leben« übereinstimmen.

Das diesjährige Personal

Zu dem größten jährlichen Event der »Lebensschutz«-Bewegung waren auch in diesem Jahr wieder ChristInnen aus ganz Deutschland, Europa und den USA angereist, die mit den einheitlichen Pappschildern des BVL und 1000 weißen Kreuzen in Gedenken für das »getötete ungeborene Leben« schweigend und teilweise betend durch die Hauptstadt liefen. Mit knapp 40 Bussen, die von regionalen Lebensschutz-Organisationen wie dem Regionalverband Memmingen der AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE (ALFA), der JUGEND FÜR DAS LEBEN oder KALEB SEBNITZ organisiert waren, kamen Großfamilien, ältere Hetero-Ehepaare, ganze Gemeinden und christliche Jugendgruppen nach Berlin, teilweise als »Wallfahrt« oder »Pilgerfahrt« deklariert. Der Marsch für das Leben in Berlin gehört für diese Menschen, die sonst eher nicht für ihre politischen

Inhalt

- 1 Christlicher Demotourismus nach Sodom und Gomorra
Die »Lebensschutz«-Bewegung marschiert durch Berlin
- 4 Wahlen in Berlin
AFD erntet Früchte asylfeindlicher Mobilisierungen
- 6 Breivik nicht verstehen
Rezension
- 7 Notwendiger Anschub für die Zielgerade
Spendenaufwurf für NSU-Watch
- 7 Manuel Nhatou ist tot
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

☎ 030.6116249

✉ mail@apabiz.de

🌐 www.apabiz.de



iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c. schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate fotos: alle rechte liegen bei den fotograf_innen



Überzeugungen auf die Straße gehen, seit einigen Jahren in ihren Terminkalender. Konfrontiert mit provokant sexpositiven feministischen und queeren Gegenprotesten mag dieses bunte atheistische Berlin den christlichen DemotouristInnen wie der verlorene Sündenpfuhl vorkommen. In ihren Berichten betonen sie, dass sie trotzdem für die verblendeten Gegner*innen beten werden.

Zahlenjonglage der Lebensschützer

Bis zu 5.000 Teilnehmende waren es in diesem Jahr nach mehrmaligen Zählungen durch das *apabiz*. 6.000 Teilnehmende verkündete die Polizei, 7.500 wollen die »Lebensschützer« selbst gewesen sein. Bei diesen Zahlen werfen sich zwei Problematiken auf: Der Anteil Minderjähriger ist bei dieser Demonstration immens hoch, deswegen haben wir beschlossen, Kinder, die offensichtlich unter 16 Jahre alt sind, nicht mitzuzählen – gemeinsam reisende Jugendgruppen aber schon. Diese Unterscheidung machen weder die Veranstalter noch die Polizei. Offensichtlich ist auch, dass der BVL zwanghaft bemüht ist, die Bewegung als dynamisch und stetig wachsend darzustellen. Es müssen 2016 einfach wieder mehr als im Vorjahr gewesen sein, und wenn die Realität etwas verbogen werden muss und genaue valide Zahlen ohnehin schwer zu erfassen sind.

Auch die Dringlichkeit ihres Anliegens versuchen die »Lebensschützer« mit Zahlenpropaganda zu verdeutlichen: Die Abtreibungszahlen würden steigen, aber niemand nehme das wahr¹. Richtig ist: Das Statistische Bundesamt konnte im 2. Quartal 2016 einen Anstieg zum Vorjahreszeitraum um 1,9% feststellen. Im 1. Quartal sank der Anteil im Vergleich allerdings um 0,3% – doch weder werden diese Vergleichszahlen genannt, noch überhaupt die (Prozent-)Zahl der Steigerung, wichtig ist die skandalisierende Botschaft. Der BVL ignoriert einfach den allgemeinen Trend, nämlich dass die absoluten Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche von minimalen jährlichen Schwankungen seit 2001 stetig gesunken sind: Von 134.964 auf 99.237 (2015).

Es fällt auf, dass die »Lebensschutz«-Bewegung ihre Rhetorik geändert hat: Jetzt wird nicht mehr von den (völlig übertriebenen) 1.000 Abtreibungen pro Werktag gesprochen, auch wenn die Kreuze immer noch dafür stehen, sondern Lohmann spricht jetzt von »15 Schulklassen pro Werktag«. Je nach Rechengrundlage ist die dahinter stehende Zahl realistischer², jedoch verschleiert das Bild die tatsächliche Zahl noch mehr und verstärkt zudem die Gleichsetzung von Föten mit geborenen Menschen.

Themensetzung Pränataldiagnostik, Ärzte als Zielgruppe

Wie schon im Motto »Kein Kind ist unzumutbar« zu erkennen, stand das Thema Pränataldiagnostik (PND) und der sogenannte PränaTest zur Früherkennung von Trisomie gleich in mehreren Redebeiträgen sowie in einer vor Ort beschlossenen Resolution³ deutlich im Mittelpunkt. Derzeit wird auf politischer Ebene geprüft, ob solche Bluttests zukünftig als Kassenleistung übernommen werden. Der BVL lehnt solche Tests mit Hinweis auf eine mögliche steigende Abtreibungswahrscheinlichkeit ab. Auch andere Verbände, auch von Betroffenen, hatten zuvor bereits die möglichen selektiven Wirkungen kritisiert.

Gleich zwei Ärztevertreter, HOLM SCHNEIDER (AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE (ALFA)) und PAUL CULLEN (VORSITZENDER DER ÄRZTE FÜR DAS LEBEN (ÄFDL)), beschworen die Gefahren der eugenischen Maßnahmen. Die ÄFDL, erst seit 2015 Mitglied im BVL, war auf dem diesjährigen Marsch mit einer Delegation anwesend. Damit bestätigt der BVL auch den Eindruck, dass Ärzt*innen und Medizinstudentinnen vermehrt zur Zielgruppe der »Lebensschutz«-Propaganda werden dürften. Denn Wunsch der »Lebensschutz«-Bewegung ist es, durch den moralischen Druck auf diese Berufsgruppen die faktischen Möglichkeiten für Abtreibungen einzuschränken, selbst wenn es nicht zu einem gesetzlichen Verbot kommt, wie es in Ländern wie Italien oder den USA schon traurige Realität ist.

Es blieb ALEXANDRA LINDER, Bundesvorsitzende der ALFA, überlassen, nochmal deutlich den bisherigen gesellschaftlichen Kompromiss aufzukündigen. Linder nannte den 218 einen »verschurbelt« formulierten Paragrafen und der Staat sei mit diesem Konzept gescheitert. Und schließlich stehe im §219 nicht drin, »Abtreibung sei ein Frauenrecht«. Lohmann sekundierte mit dem Vorwurf: »Wo ist eigentlich der Bundestag, der verpflichtet ist vom Bundesverfassungsgericht seit Jahrzehnten, zu überprüfen, ob die Neuregelung, die damals in den 90er Jahren eingesetzt wurde, wirklich mehr Leben schützt? Wo sind die Abgeordneten, die das fordern?«

»Nun sag, wie hast du's mit der AfD?«

Im Vorfeld des Marsches waren die Überschneidungen der »Lebensschutz«-Bewegung zur AfD öffentlich thematisiert worden. Vor allem die Teilnahme von BEATRIX VON STORCH wurde aufmerksam registriert. Die offensive Einbindung von Parteien hatte Lohmann seit jeher vermieden und zum Auftakt des Marsches sah er sich gezwungen, nochmal auf die Unabhängigkeit des BVL und der Veranstaltung hin zu weisen: »Der Lebensschutz ist überparteilich und eigentlich ganz, ganz normal. Dieser Marsch ist keine Parteiveranstaltung. Wir bleiben unabhängig und parteipolitisch neutral. Wer anderes behauptet, sagt Unwahres. Und hier laufen alle nur unter einem Banner, unter dem Banner des BUNDESVERBANDES LEBENSRECHT, BVL.«

Die Proteste und der Druck im Vorfeld haben bei den ChristInnen eine innere Abgrenzung provoziert, die vielen nicht schmecken dürfte. Lohmann vermied auch auffällig verbale Analogien wie den im letzten Jahr noch sehr präsenten Slogan »Willkommenskultur auch für Ungeborene«, den inzwischen die AfD in ihrem Grundsatzprogramm festgeschrieben hat. Ebenso wie Beatrix von Storch zeigte die Bundessprecherin der CHRISTEN IN DER AfD (CHRAFD), ANETTE SCHULTNER, Präsenz. Ansonsten waren als Personalien die Anwesenheit des hessischen AfD-Funktionärs

¹ Vgl. den Artikel »Die Zahl der Abtreibungen steigt. Darüber wird aber nicht geredet.« von Gunnar Schupelius am 27.9.2016 in der B.Z.

² Je nach angenommener Klassengröße bedeutet das: $15 \cdot 25 \cdot 254 = 95.250$ oder $15 \cdot 30 \cdot 254 = 114.300$.

³ Vgl. http://marsch-fuer-das-leben.de/media/marsch_2016_resolution.pdf



Bis zu 5000 Personen nahmen an dem Marsch für das Leben 2016 teil. Hier im Bild Martin Hohmann von der AfD Hessen (Bildmitte vorne). (c) apabiz

MARTIN HOHMANN (ex-CDU, Kreistagsabgeordneter in Fulda) sowie der Berliner CDU-Frau VERA LENGSELD bemerkenswert. Die von Lohmann betonte Überparteilichkeit ist nicht mit Parteiunabhängigkeit zu verwechseln: Selbstverständlich spielen die Christdemokraten mit der CDL eine dominante Rolle und es dürfte interessant sein zu erfahren, was passiert, wenn die CHRAFD, die ja das Thema »Lebensrecht« innerhalb der AfD repräsentiert, eine Mitgliedschaft im BVL beantragt.

Nicht unwidersprochen!

Die inszenierte Parteiferne, die drängende Frage zu einer Positionierung zur »Willkommenskultur« und das präsente Bekenntnis zum christlichen Glauben beschneiden das Mobilisierungspotenzial der »Lebensschutz«-Bewegung in der heutigen Zeit. Gleichzeitig haben »Demo für alle«, AfD und die »Neue Rechte«, allen voran aber konservative Mainstream-Medien und Talkshows, das sich ausweitende antifeministische und homo- und transfeindliche Feld bereitet, auf dem auch der BVL Früchte ernten möchte. Rechtskonservative Vorstöße, gerade in bioethischen oder familienpolitischen Fragen auch rechtliche Pflöcke einzu-

schlagen, können erfolgreich sein, wenn weiter extrem rechte Positionen die CDU vor sich her treiben und emanzipative, feministische Positionen und Gegenproteste marginalisiert bleiben oder als illegitim und antidemokratisch kriminalisiert werden, wie es der BVL betreibt.

So war dieses Jahr die Polizei auch auffällig darauf aus, »Lebensschützer« und GegendemonstrantInnen von einander zu trennen. Für die ChristInnen hieß das, die vorher erstmalig geheimgehaltene Route offensichtlich spontan umlenken zu müssen – statt publikumswirksam Unter den Linden und durch das Brandenburger Tor zu ziehen, mussten sie durch enge leere Seitenstraßen hin-

ter dem Hauptbahnhof laufen. Die GegendemonstrantInnen kamen dennoch fast durchgängig auf Hör- und oft auch auf Sichtweite an den Marsch für das Leben. Eine Blockade der Strecke der ChristInnen wurde allerdings von der Polizei unter Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken unterbunden. Dennoch sind diese Gegenproteste überaus wichtig: Den »LebensschützerInnen« unwidersprochen die Straße zu überlassen, ist keine Option, so lange sie sich heraus nehmen, aus ihren Gemeinden anzureisen, um ihren rückwärtsgewandten Lebensentwurf anderen Menschen moralisch oder gar gesetzlich aufzudrücken.

Eike Sanders und Ulli Jentsch

Tag der offenen Tür im apabiz



Das apabiz gibt es seit nunmehr 25 Jahren. Wie schon vor fünf Jahren wollen wir auch dieses Jubiläum zum Anlass nehmen, am **Freitag, den 11. November 2016**, einen Tag der offenen Tür zu veranstalten. Wir laden daher ein zu Sekt, Snacks und lockeren wie anregenden Gesprächen mit netten Menschen. Ab 14.30 Uhr werden wir stündlich kleine Rundgänge durch unsere Archivbestände anbieten. Um 18.30 Uhr möchten wir mit euch auf 25 Jahre apabiz anstoßen. Wir freuen uns auf euer/ihr Kommen!



Bild: Neben der Partei selbst machte auch der Verein RECHT UND FREIHEIT offensiv Wahlkampf und warb mit Plakaten sowie einem großflächig verteilten »Extrablatt« für die Partei. Die AfD streitet einen direkten Kontakt zum Verein ab.



Wahlen in Berlin

AfD erntet Früchte asylfeindlicher Mobilisierungen

Es war nicht anders zu erwarten: Am 18. September ist die AfD auch in Berlin mit 14,2% in das Abgeordnetenhaus (AGH) sowie in alle Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) eingezogen. Dabei profitierte sie auch von den asylfeindlichen Mobilisierungen der vorangegangenen Jahre. Dass dies nicht zwangsläufig so sein muss, verdeutlichen hingegen die Zahlen rund um 18 geplante Unterkünfte. Hier lagen die AfD-Ergebnisse teilweise gar unter dem landesweiten Durchschnitt.

Für die NPD endete der Wahlabend in einem Debakel und verdeutlichte damit einmal mehr den desolaten Zustand der Partei. Das Ergebnis von gerade einmal 0,6 Prozent (9453 Stimmen) ist im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2011 ein Minus von 1,6 Punkten. Auch bei den Wahlen zu den BVV sah es nicht besser aus. Kein einziger Sitz entfiel auf die Partei, die bisher mit jeweils zwei Mandaten in drei Bezirken vertreten war. Teilweise lag man hier sogar noch hinter PRO DEUTSCHLAND, die landesweit nur 0,4% erreichten. In Reaktion auf das desaströse Abschneiden wählte die Berliner NPD am 8. Oktober einen neuen Vorstand. Als neuer Vorsitzender wurde mit knappen 20 von 36 Stimmen UWE MEENEN gewählt, der bereits ab Februar 2010 für zwei Jahre Vorsitzender gewesen war. Der bisherige Landeschef SEBASTIAN SCHMIDTKE ist künftig lediglich Beisitzer.

PRO DEUTSCHLAND zog am Tag nach der Wahl umgehend Konsequenzen aus dem miserablen Wahlergebnis. Der Bundesvorsitzende MANFRED ROUHS zeigte sich in einer Stellungnahme enttäuscht und kündigte an, dass PRO DEUTSCHLAND »im kommenden Jahr weder bei den drei anstehenden Landtagswahlen (...), noch bei der Bundestagswahl« antreten werde.

»Perception is reality« - Das Spiel der AfD mit der Angst

Die AfD hingegen zog mit 25 Mandaten ins AGH ein, darunter fünf Direktmandate. Darüber hinaus kann die Partei zukünftig in sieben Bezirken je einen Stadtrat stellen und verfügt damit bundesweit erstmalig über politische Entscheidungsgewalt. Die AfD hatte die heiße Wahlkampfphase fast ausnahmslos mit restriktiven Forderungen und Positionen zu den Themen »Flüchtlinge« und »Innere Sicherheit« bestritten, die sich auch schon bei anderen Wahlen

ausgezahlt hatten. So forderte sie in ihrem Wahlprogramm einen kompletten Aufnahmestopp für Geflüchtete. Der Berliner Spitzenkandidat GEORG PAZDERSKI ging in den Talkrunden und bei AfD-Veranstaltungen mit dem Slogan »perception is reality« (»Wahrnehmung ist Wirklichkeit«) hausieren und wiederholte stetig die durch nichts belegte Aussage, dass sich »der Bürger nicht mehr sicher« fühle.

Die Berliner Morgenpost berichtete am Tag nach der Wahl, dass die Ergebnisse der Wahllokale rund um Heime für Geflüchtete in den »am stärksten betroffenen Kiezen (...) sehr uneinheitlich« ausfallen. Ein anderes Bild ergibt sich jedoch, schaut man sich die Wahlergebnisse rund um die Containerunterkünfte an. In den meisten Ortsteilen, in denen in den vergangenen Jahren gegen den Bau solcher Unterkünfte Proteste stattgefunden haben, wurde die AfD stärkste Partei (Zweitstim-



men). Hier war es auch, wo die AfD die Direktmandate fürs AGH gewann. Vielfach sind dies die gleichen Kieze, in denen 2011 bereits die NPD ihre Hochburgen hatte und deutlich höhere Ergebnisse als im Bezirksdurchschnitt erzielen konnte. Die AfD hat damit vor allem dort profitiert, wo seit Jahren die rassistische Stimmung von der NPD und lokalen »Nein-zum-Heim-Initiativen« angeheizt wurde. Eine Mehrzahl dieser Kieze zeichnet sich durch eine »ungünstige« Sozialprognose aus, wie dem Berliner Sozialstrukturatlas zu entnehmen ist.

Hochburgen in der Ostberliner Peripherie

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, der in den vergangenen Jahren ein Schwerpunkt rassistischer Mobilisierungen gewesen ist, holte die AfD mit 23,6% das beste Zweitstimmenergebnis aller Parteien. In den Wahllokalen rund um die im Juli 2015 eröffnete Containerunterkunft am Blumberger Damm erreichte die AfD Ergebnisse bis zu 33,5% und holte im Wahlkreis das Direktmandat. Den statistischen Daten zum Wahlkreis ist zu entnehmen, dass knapp 75% der Menschen dort in »einfacher Wohnlage« leben, die Region hat berlinweit mit den höchsten Anteil an Arbeitslosigkeit. Bereits 2011 erreichten dort die Direktkandidaten von PRO DEUTSCHLAND, DIE FREIHEIT und der NPD zusammengenommen über 15% der Erststimmen. Auch in der Gegend rund um die Geflüchtetenunterkunft in der ehemaligen Schule erreichte die AfD von allen Parteien das beste Ergebnis.

Ähnlich im nördlichen Lichtenberg: Auch hier war die Region bei den Wahlen 2011 Hochburg extrem rechter Parteien, auch hier hatte es ab Dezember 2014 Proteste gegen den Bau einer Containerunterkunft gegeben. Dem AfD-Direktkandidaten KAY NERSTHEIMER gelang der Einzug ins Abgeordnetenhaus. Die Personalie NERSTHEIMER wurde nach den Wahlen bundesweit medial aufgegriffen, weil er auf seiner Facebook-Seite unter anderem gegen Geflüchtete und Homosexuelle gehetzt hatte. Auf die umfassende Berichterstattung reagierte die AfD kurz nach der Wahl,

schloss Nerstheimer aus der Fraktion aus und kündigte einmal mehr ein Parteausschlussverfahren an. In Berlin war die Personalie jedoch bereits im Vorfeld der Wahlen in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Die Lokalpresse hatte mehrfach darüber berichtet, dass Nerstheimer sich 2012 im Internet als Leader der GERMAN DEFENCE LEAGUE zu erkennen gegeben und angekündigt hatte, eine Miliz aufzubauen.

Motive und Stimmungslagen

Dass die AfD trotz offenkundiger Einbindung einiger Funktionäre in ein extrem rechtes Netzwerk¹ 14,2% erreichte und Nerstheimer in seinem Wahlkreis das beste Ergebnis holte, lässt verschiedene Interpretationsversuche zu.

① AfD-WählerInnen sind die Kontakte einiger Funktionäre der Partei in die extrem rechte Szene gänzlich egal oder nehmen diese zumindest hin. Dafür sprechen gleich mehrere Umfrageergebnisse von infratest dimap. So seien nur 26% der Berliner AfD-WählerInnen von der Partei überzeugt. Hinzu kommt, dass 51% der Berliner AfD-WählerInnen sogar der Meinung sind, die AfD distanzieren sich nicht genug von rechts-extremen Positionen.

② Dreht man das letztgenannte Ergebnis um, ließe das den Schluss zu, dass ein Teil die AfD nicht trotz sondern gerade wegen ihrer Nähe zur extremen Rechten gewählt hat. Bestärkt wird dies durch weitere Ergebnisse von infratest dimap, wonach über 90% der AfD-WählerInnen deren Politik zu »Ausländern und Flüchtlingen« und ihr erklärtes Ziel, »die Ausbreitung des Islam in Deutschland [zu] verhindern«, begrüßen.

③ Auch eine dritte Möglichkeit ist relevant: Ein Teil der AfD-WählerInnen könnte von der Problematisierung Nerstheimers in den Medien nichts mitbekommen haben. Durch die starke Fragmentierung der Medienlandschaft und die in den letzten Jahren stark zugenommene Relevanz von sozialen Netzwerken für die politische Meinungsbildung werden die etablierten Medien von einem bestimmten Milieu kaum noch zur Kenntnis genommen.

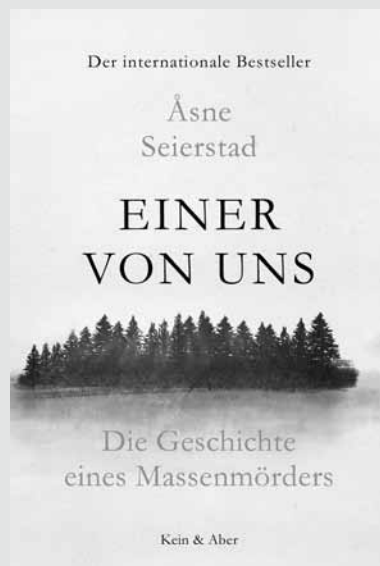
Keine Regel ohne Ausnahmen

Während auch für Berlin gilt, dass die AfD ehemalige WählerInnen aller anderer Parteien für sich gewinnen konnte, ist gleichzeitig signifikant, dass die Ergebnisse dort besonders hoch sind, wo 2011 bereits die NPD oder auch PRO DEUTSCHLAND gute Ergebnisse erzielten und somit eine grundlegende Skepsis bis hin zu offener Ablehnung von Migrant_innen und Geflüchteten seit vielen Jahren die Stimmung prägt. Allerdings fällt auch auf, dass die rassistischen Mobilisierungen im Vergleich zu 2014 und 2015 in diesem Jahr an Dynamik eingebüßt haben und insbesondere die öffentlichkeitswirksamen lokalen Mobilisierungen gegen einzelne Unterkünfte zurückgegangen sind. Die meisten asylfeindlichen Veranstaltungen finden derweil im Zentrum statt und richten sich unter dem bundesweit in diesen Kreisen populären Slogan »Merkel muss weg« zunächst gegen die Politik der etablierten Parteien. Ob der Erfolg der AfD auch dazu beiträgt, die rassistische Dynamik von der Straße in die Parlamente zu spülen und ihr damit die Mobilisierungsfähigkeit zu nehmen, ist sicherlich eine These, die zu überprüfen wäre.

Ein Blick auf die Ergebnisse im Umkreis der 18 sogenannten »Tempohomes«, Containerunterkünfte für Geflüchtete, die bis Ende 2016 gebaut werden sollen, verdeutlicht, dass entsprechende Baupläne mitnichten zwangsläufig zu überdurchschnittlicher Zustimmung für die AfD führen. Dies zeigt sich etwa rund um die geplanten Standorte in Spandau, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf. Erneut sind es die Wahllokale rund um die Standorte im Ostteil der Stadt, in denen die AfD meist überdurchschnittliche Zustimmung erfuhr. Aber auch hier gibt es Ausnahmen: Im besser situierten Biesdorf, einem Ortsteil von Marzahn-Hellersdorf, erreichte die AfD im Bezirksvergleich ein eher unterdurchschnittliches Ergebnis – hier wurde die CDU stärkste Partei.

Frank Metzger und Vera Henßler

Der Artikel ist eine aktualisierte und gekürzte Version der Wahlanalyse, die bereits ein Tag nach der Wahl auf www.blog.schattenbericht.de veröffentlicht wurde.



Das Buch »Einer von uns« ist schwer zu ertragen: in seiner Akribie, wie es den Sterbeprozess eines von mehreren Kugeln getroffenen Menschen beschreibt, in seiner Nähe zu den massakrierten Hoffnungen und dem unendlichen Schmerz, den Breivik seinen Opfern, den Familien und Freund*innen der Ermordeten und Überlebenden am 22. Juli 2011 zufügte. Die Journalistin Seierstad liefert keine emotionale Dokufiction, sondern hat die Akten gelesen, den Prozess gegen Breivik Tag für Tag begleitet und unzählige Interviews geführt. In der direkten, aber vor allem der rahmenden Nähe zu dem Ziel von Breiviks Mordlust und der bedingungslosen Empathie der Journalistin mit den Opfern liegt der Aufklärungswert und die Positionierung dieses Buches: Seierstad zeichnet parallel zur Planung und Durchführung der Terroranschläge durch Breivik anhand der Biografien von Bayan, Ali, Mustafa, Bano und Lara Rashid, Simon, Tone, Gunnar und Håvard Sæbø und einigen anderen das Bild eines zutiefst sozialdemokratischen und die Arbeiter- und Migrationsbiografien seiner Bürger*innen anerkennenden Norwegens. Die Message ist: Es waren 77 von uns.

Breiviks Sinnsuche

Auf dem Klappentext des Buches steht »Der Mensch hinter einer unfassbaren Tat«. Man befürchtet eine erklärende, psychologisierende

Rezension

Breivik nicht verstehen

Darstellung des Terroristen Anders Breivik. Doch die Autorin gibt ein zu facettenreiches und multiperspektivisches Bild von Breivik, um eine einfache Antwort zu liefern. Sie beschreibt mit einer angemessenen Distanz die Stationen seines Lebensweges: Die unterschiedlichen Einschätzungen des Sozialamtes über die familiäre Situation und die Psyche von Kind und Mutter, Breiviks etwas armselige Sprayerkarriere, seine scheiternden Versuche, durch gefälschte Diplome schnelles Geld zu machen und seine ersten politischen Gehversuche zwischen virtueller Radikalisierung durch anti-muslimische Blogs, Engagement in der Fremdkritikpartei und dem Versuch, zu einer elitären Gruppe wie den Freimaurern zu gehören.

Fehlende gesellschaftliche Rahmung

Dennoch, »Einer von uns« lässt ein anderes »uns« weitestgehend unbeleuchtet: Große Teile der norwegischen Gesellschaft haben jahrelang öffentliche Diskurse zugelassen und geführt, die Immigrant*innen, vermeintliche Vertreter*innen der »politischen Korrektheit«, des Feminismus und des »Multikulturalismus« als tödliche Gefahr für die Nation darstellen. Seierstad zitiert zwar aus Breiviks 1500 Seiten langem Manifest und beschreibt seine Aktivitäten in der rechtspopulistischen Fremdkritikpartei. Aber die Verantwortung liegt auch in einer Gesellschaft, die es zulässt, dass sich RechtsterroristInnen wie Breivik als VollstreckerInnen eines hasserfüllten, sich kulturkonservativ gebenden »Volkswillens« fühlen, der sich unwidersprochen öffentlich rassistisch, antifeministisch und antimarxistisch artikuliert. Diese Dynamik hat Norwegen noch nicht umgedreht: Die Fremdkritikpartei sackte 2013 zwar von 22,9% (2009) auf 16,3% ab, blieb jedoch zweitstärkste Partei und ist durch die regierende

konservative Partei an der Regierung beteiligt worden.

Daraus lernen

Die Gleichzeitigkeit von politisch rechter Ideologie und individueller psychopathischer Mordlust sowie das Zusammenspiel einer rassistischen Bewegung und einer Gesellschaft, die sich zwar von Gewalt, nicht aber von deren Motiven abgrenzt, stellt uns immer wieder vor die Herausforderung, Gewalttaten als politisch motiviert zu erkennen und einzuordnen. Breivik zu verstehen und gleichzeitig nicht zu verstehen hilft dabei. Doch am fünften Jahrestag der Anschläge in Oslo und Utøya ermordete ein 18-jähriger, mutmaßlich psychisch schwer kranker, deutsch-iranischer Breivik- und Hitlerfan in München neun Menschen, alle mit Migrationshintergrund. Auch hier muss eine antifaschistische und antirassistische Perspektive betonen, dass eine psychische Erkrankung nicht heißt, dass sich der Täter nicht subjektiv zu Recht als »lone wolf« oder als Teil einer großen Bewegung zählt. Über die Tat herrscht seitdem Schweigen – sicherlich, weil es keine einfache Antwort auf die Frage »warum« gibt. Aber wir könnten unsere Gesellschaftskritik nicht alleine den Psycholog*innen des Täters überlassen. Sich mehr für die Opfer zu interessieren heißt auch, den Schmerz an sich heran zu lassen. Ob es dabei notwendig ist, die körperlichen Vorgänge beim Sterben so akribisch darzustellen, um Mitgefühl mit den Opfern zu entwickeln, darf bezweifelt werden. Dass Seierstad aber mit großem Respekt und Empathie die Hassobjekte Breiviks als Menschen mit einer Geschichte vorstellt, ist der große Verdienst des Buches, das übrigens auch sehr gut lesbar ist.

Eike Sanders

Åsne Seierstad: *Einer von uns. Die Geschichte eines Massenmörders. Aus dem Norwegischen und Englischen von Frank Zuber und Nora Pröfrock. Kein & Aber-Verlag, Zürich 2016.*



Notwendiger Anschub für die Zielgerade

NSU-Watch braucht weiterhin Geld

Seit fast dreieinhalb Jahren läuft der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München. Welche Aufregung, welches Theater um die Vergabe der 50 Presseplätze und welche hochfliegenden Erwartungen an die juristische Aufarbeitung der brutalen und tödlichen Verbrechenserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).

Insbesondere die Hinterbliebenen der Mordopfer und die Opfer der Anschläge und Raubüberfälle erwarten umfassende Aufklärung und Rehabilitation. Schon Monate vorher hatte sich *NSU-Watch* gegründet, ein Zusammenschluss zahlreicher antifaschistischer Recherche-Initiativen und -Personen, um den Prozess und die Aufarbeitung des NSU-Komplexes unabhängig und kritisch zu begleiten. *NSU-Watch* hat von Beginn an alles ausführlich, nahe an einer wörtlichen Mitschrift, protokolliert und im Internet dokumentiert. Referent_innen sind unermüdlich unterwegs, um die enorme Nachfrage nach ungefilterten und kritischen Berichten aus dem Prozess zu befriedigen, alles in allem mehrere Hundert Veranstaltungen.

Während des nicht enden wollenen Prozesses ist so viel passiert: rassistische Massenproteste, Pegida, der gesamteuropäische Rechtsruck, der Aufstieg der völkisch-nationalistischen AfD, die Explosion der Gewalt gegen Geflüchtete, die auf bedrö-

ckende Weise an die 1990er Jahre des Pogroms erinnern. Mit einem Sprengstoffanschlag auf muslimische Einrichtungen in Dresden im September 2016 ist eine neue Eskalationsstufe erreicht.

Aber auch in Sachen NSU hat sich einiges getan: mit dem Brandenburger PUA nimmt das zwölfte parlamentarische Gremium zum NSU-Komplex die Arbeit auf. In den betreffenden Bundesländern haben sich »Filia- len« von *NSU-Watch* gegründet, um die PUAs zu begleiten. Im Zentrum des medialen Interesses steht aber nach wie vor der Prozess in München und dort insbesondere Beate Zschäpe, die sich mit zunächst nur verlesen, neuerdings aber auch selbst gesprochenen Einlassungen zwar selbst gern als Opfer des NSU-Komplexes darstellt, aber es doch immer wieder versteht, sich in den Mittelpunkt zu drängen. Seine erste breite NSU-Debatte – so könnte man sagen – hatte das Land denn auch erst, als die Catering-Firma, die die Besucher_innen des Prozesses in den Pausen mit Snacks versorgte, dies wegen angeblicher Diebstähle aus der offene Kasse einstellte: Im Wurstsemmelgate bezichtigte die Süddeutsche Zeitung gar die Angehörigen der NSU-Opfer, sich an der Kasse bedient zu haben. Und als Frau Zschäpe am 31.3. Hauptverhandlungstag ihre »piepsige« Stimme vernehmen ließ, war das der mediale Knüller des Tages. Dass am

selben Tag ein ehemaliger Referatsleiter aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz im zweiten PUA des Bundestages der vorsätzlichen Vernichtung von Akten mit NSU-Bezug kurz nach dem Auffliegen des NSU am 4.11.2011 bloßgestellt wurde, blieb hingegen Randnotiz.

Wer hätte denn geahnt, dass sich der Prozess derart in die Länge ziehen würde. Endlose, kraft- und geduldzehrende bald 350 Tage vor Gericht liegen hinter uns. Doch wir sind nicht am Ende! Wir sehen ganz klar, dass trotz personellen, finanziellen und kräftemäßigen Durststrecken, trotz eines hohen Maßes an Desillusion und Enttäuschungen ein Aufgeben nicht in Betracht kommt: Wir sind in das Verfahren mit dem Vorsatz gestartet, eine kontinuierliche und schonungslose Begleitung des Prozesses zu organisieren. Und das ist uns gelungen, dank der unablässig fließenden, zum Teil ungeheuer großzügigen Spenden und der immer wieder geäußerten Wertschätzung unserer Beobachtungsarbeit und der großen Fülle an Hintergrund- und Analysematerial.

Um aber auch die letzte Phase des Prozesses mit dem Ende der Beweisaufnahme, den Plädoyers und schließlich – man traut sich kaum es auszusprechen – einem Urteil durchzustehen, müssen wir einmal mehr um Euer aller Unterstützung bitten.



Wir brauchen dringend noch einmal Spenden und hoffen, dass Ihr die Wichtigkeit komplett unabhängiger politischer Arbeit und Intervention rund um den NSU-Komplex nach wie vor wertschätzt.

Manuel Nhacutou ist tot

Manuel Alexandre Nhacutou, DDR-Vertragsarbeiter aus Mosambik, berichtete als einer der ersten Betroffenen über die tagelangen rassistischen Angriffe in Hoyerswerda 1991. Im vereinigten Deutschland sah er keine Perspektive und ging zurück nach Maputo. Wie viele andere kämpfte er dort vergeblich um die Auszahlung seines zu DDR-Zeiten einbehaltenen und transferierten Lohnes.

Zum 20. Jahrestag des Pogroms von Hoyerswerda kehrte er als Besucher zurück. Vor dem alten Wohnheim wurde er erneut von Anwohnern beschimpft und bedroht.

In den letzten Jahren war sein Leben geprägt von Arbeitslosigkeit, prekärem Einkommen und mangelnder Gesundheitsversorgung. Er starb am 10. September 2016 in Maputo.

Interviews mit Manuel:
www.hoyerswerda-1991.de



Foto: Lars Maibaum



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrags möglich. Dafür erhaltet Ihr unseren Rundbrief, den *monitor*, werdet mit Informationen versorgt, könnt euch Bücher ausleihen und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

- Hiermit erteile ich dem apabiz e.V. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ EUR (mind. 5 EUR).
- Ich habe einen Dauerauftrag eingerichtet.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (DE30 1002 0500 0003 3208 00 – Bank für Sozialwirtschaft). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

- Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit einmalig _____ EUR überwiesen.

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

Kontonummer: _____

Bank: _____

Email: _____

Ort und Datum: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender)

Das Info-Paket vom apabiz e.v.

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es unser Info-Paket:

- 5 Exemplare des *monitor* (insgesamt 5 Ausgaben)
- ein Exemplar aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

für 75 Euro im Jahr!

Wer darüber hinaus noch mehr Ausgaben des *monitor* zum Auslegen benötigt, kann diese gegen Porto kostenfrei nachbestellen.

Neu im Archiv

Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Markus Nierth, Juliane Streich: Brandgefährlich. Wie das Schweigen der Mitte die Rechten stark macht. Erfahrungen eines zurückgetretenen Ortsbürgermeisters, Berlin 2016.*

Monatelang hatte es in der sachsen-anhaltischen Kleinstadt Tröglitz rassistisch motivierte Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten gegeben, die letztendlich zum Rücktritt des ehrenamtlichen Ortsbürgermeisters Markus Nierth führten. Nierth hatte dies damit begründet, dass er anlässlich der Anfeindungen im Ort insbesondere seitens der politischen Repräsentanten im Landkreis keinen Rückhalt verspüre. Dieses »Schweigen der Mitte« hat der Theologe Nierth nun in dem vorliegenden Buch zum Thema gemacht. Vor allem die Perspektive eines ehrenamtlichen Kommunalpolitikers, der von Anfang an aktiv in die Auseinandersetzungen im Ort eingebunden war, macht das Buch überaus interessant: Nierth beschreibt sehr offenherzig und auch selbstkritisch zunächst den eigenen Versuch, der mangelnden Informationspolitik vor Ort entgegenzuwirken, den Schock über die ersten Demonstrationen und die »Frustrationsenergie und Enthemmung« von BewohnerInnen des Ortes und schließlich die zunehmende Radikalisierung durch die Beteiligung der überregionalen Neonaziszene. Die sehr persönliche Chronologie der Ereignisse schildert sehr eindrücklich die Dynamik rassistischer Mobilisierungen, insbesondere aber auch das Schwanken zwischen aktiver Dialogsuche und Intervention derjenigen, die dieser Entwicklung etwas entgegensetzen wollen, jedoch neben offener Anfeindung und Schweigen nur selten eine Solidarisierung erfahren.

- *Dagmar Lieske: Unbequeme Opfer? »Berufsverbrecher« als Häftlinge im KZ Sachsenhausen, Metropol, Berlin 2016.*

Die Dissertation befasst sich mit der Verfolgung von sogenannten »Berufsverbrechern« im KZ Sachsenhausen. Anhand einzelner Schicksale werden sowohl die kriminalpolizeiliche Praxis als auch die Situation von Häftlingen mit dem grünen Winkel im Lager sowie innerhalb der Häftlingsgesellschaft behandelt. Eingebettet ist diese Thematik in einem sehr gut lesbaren Überblick zum juristischen und gesellschaftlichen Umgang mit »Verbrechern« in der Weimarer Zeit und im Nationalsozialismus. Hervorzuheben sei die eigens von der Autorin erstellte Datenbank über »Berufsverbrecher« und »Sicherungsverwahrte« im ehemaligen KZ Sachsenhausen, die auch weiterhin von Mitarbeiter_innen der Gedenkstätte Sachsenhausen genutzt werden kann. Über 9000 Häftlinge im ehemaligen KZ Sachsenhausen wur-

den als »Berufsverbrecher« inhaftiert. Die Sicherungsverwahrung war eine Erfindung der Nazis, hier zeigt die Autorin auch Kontinuitäten nach 1945 auf.

- *Gerd Kühling – Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin – Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945 – 1979, Metropol Berlin, 2016.*

Im Mittelpunkt der Dissertation steht die Entwicklung der Gedenk- und Erinnerungslandschaft in Berlin vom Kriegsende bis zum Ende der Siebziger Jahre. Neben Einzelpersonen wie dem Historiker Joseph Wulf als politischem Akteur werden nicht nur die verschiedenen Verfolgtenorganisationen oder die Jüdische Gemeinde, sondern auch die wechselhaften Positionen der Berliner Landespolitik zum Thema Erinnerung und Aufarbeitung des Nationalsozialismus beschrieben. Dieses Wechselspiel der verschiedenen Positionen zum Gedenken an den Nationalsozialismus ist als Frühgeschichte der lokalen Geschichtsarbeit und -politik trotz der besonderen Rolle Berlins als »Frontstadt des Kalten Krieges« bisher kaum so umfassend und detailliert dargestellt worden. Kleine Recherchedetails konnte auch das apabiz mit seinen Beständen zu dieser lesenswerten Arbeit beisteuern.

- *agentur für soziale perspektiven (asp): Grauzonen – Rechte (jugendliche) Lebenswelten in Musik und Sport*

Nachdem bereits 2014 eine Publikation erschienen war, rundet die *asp* das auf drei Jahre angelegte Projekt »Grauzonen – Rechte jugendliche Lebenswelten in Musik und im Sport« mit einem komplexen Bildungsordner ab. Der erste Teil des Ordners beinhaltet zunächst zum Einstieg Begriffsklärungen und theoretische Einordnungen zu rechten Lebenswelten, Ideologien und Mentalitäten. Im zweiten Teil folgen Hintergrundtexte und Erläuterungen anhand konkreter Beispiele aus den Bereichen Musik und Sport. Beides liefert die notwendige wie hilfreiche Grundlage für die zweite praxisorientierte Hälfte des Ordners. In diesem werden zunächst Methoden der Bildungsarbeit zum Thema vorgestellt, die abschließend durch einen umfangreichen Materialanhang inklusive eines USB-Sticks mit Powerpoint-Präsentationen ergänzt werden. Insgesamt ein sehr guter und umfangreicher Bildungsbaustein zum Umgang mit rechten Lebenswelten, die sich nicht eindeutig dem neonazistischen Spektrum zuordnen lassen, damit aber durchaus kritische Berührungspunkte aufweisen.